



Mitteilungen für Pfarrgemeinderäte



NACH HALTIG KEIT

Foto: Steffen Flicker und Bischof Algermissen © Mathias Ziegler

Sehr geehrte Sprecherinnen und Sprecher der Pfarrgemeinderäte, liebe Katholikenratsmitglieder,

die Amtszeit unseres Bischofs neigt sich dem Ende entgegen. Blickt man auf die vergangenen 17 Jahre mit Bischof Heinz Josef Algermissen zurück, so kann man sagen, dass es ein guter gemeinsamer Weg war. Gemeinsam haben wir uns dafür eingesetzt, dass im Bistum mittlerweile in fast allen Pfarreien Pfarrgemeinderäte gewählt werden. Erstmals gab es auf unseren Vorschlag zur PGR-Wahl einen Brief mit einer Wahlbenachrichtigung, der an alle Katholiken des Bistums gesandt wurde. In regelmäßigem Austausch haben wir uns über Sachthemen verständigt. Nicht zuletzt ist der Katholikenrat in den Pastoralen Prozess eingebunden und in allen Projektgruppen aktiv vertreten.

Wir hoffen, dass die Veränderungen, die unser Bischof insbesondere mit dem Pastoralen Prozess angestoßen hat, weiterhin positiv für unser Bistum wirken werden. Ich bitte Sie, sich aktiv in diese Veränderungen einzubringen und wünsche Ihnen, dass Sie Ihrer Verantwortung für die Kirche im Geiste eines guten Miteinanders gerecht werden können.

Ihr

Steffen Flicker
Steffen Flicker (Vorsitzender)



Sehr geehrte Damen und Herren,

neben den Berichten aus dem Katholikenrat senden wir Ihnen in diesen Mitteilungen für Pfarrgemeinderäte die Auswertung des Pfarrgemeinderatstages am 23. September 2017. Unser Ziel war, dass die vielen Rückmeldungen und Ergebnisse vom Nachmittag konkret werden. Der Katholikenrat hat sie in einem Brief an die Steuerungsgruppe des Strategieprozesses zu Händen von Generalvikar Prof. Dr. Gerhard Stanke gesandt. Danke an unser Katholikenratsmitglied Dr. Klaus Isert, der in einem Interview wichtige Ergebnisse zusammenfasst.

Weiterhin finden Sie in dieser Ausgabe einige Tipps zu Aktionen. U. a. sei hier der Friedensstaffellauf im Sommer dieses Jahres genannt, das Materialheft des Diözesanrates der Diözese Stuttgart-Rottenburg mit Argumentationshilfen unter dem Titel „Politisch Streiten“.

Ihr



Mathias Ziegler



Foto: © Mathias Ziegler

IN DIESEN MITTEILUNGEN

Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer zu Gast	3	Special zur Nachhaltigkeit: Alberto Acosta „Buen vivir“	14
Katholikenrat zu neuen Pfarrestrukturen	6	Special zur Nachhaltigkeit: Alles ist aufeinander bezogen	17
Gottesfrage ist entscheidend	7	Special zur Nachhaltigkeit: nachhaltig leben, arbeiten und wirtschaften	19
Kirche ein Gesicht geben	8	Politisch streiten	21
Fuldaer ZdK-Mitglieder im Gespräch mit Bundesumweltministerin	9	Termine	22
Nachhaltiges Wirtschaften	11	Die letzte Seite	23
Ideen zur Zukunft des Laienengagements	12		

Herausgeber: Katholikenrat im Bistum Fulda,
Steffen Flicker, Vorsitzender
Redaktion: Mathias Ziegler, Mail: katholikenrat@bistum-fulda.de



Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer zu Gast beim Katholikenrat im Bistum Fulda

Nachhaltiges Wirtschaften als Zukunftsaufgabe



Foto v.l.n.r.: Beate Müller, Seelsorgeamtsleiter Ordinariatsrat Thomas Renze, stellvertretende Vorsitzende Mechthild Struß, Thomas Ebert, Umweltbeauftragte Dr. Beatrice van Saan-Klein, Christoph Heigel, Bischof Heinz Josef Algermissen, Prof. Klaus Töpfer, Katholikenratsvorsitzender Steffen Flicker Foto: © M. Ziegler

Der ehemalige Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer sprach auf der Frühjahrsvollversammlung des Katholikenrates im Bistum Fulda zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften als Zukunftsaufgabe“.

In seiner Begrüßung ging Steffen Flicker, Vorsitzender des Katholikenrates im Bistum Fulda, auf die Umwelt-Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus ein. Hier fordere der Papst alle Menschen zum Umdenken im Umgang mit der Schöpfung auf. „Es ist schlicht fahrlässig, wenn wir ungeachtet aller Klimakatastrophen unseren Lebensstil einfach so fortsetzen“, betonte Steffen Flicker.

Anknüpfend an das päpstliche Schreiben stellte Prof. Klaus Töpfer heraus, dass politisch nunmehr dringend die Frage zu beantworten sei, wie mit Knappheit von Ressourcen und den natürlichen Lebensgrundlagen umgegangen werden solle. Gerade angesichts der rasant zunehmenden Weltbevölkerung müsse sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit der Frage auseinandersetzen, wie friedliches Zusammenleben angesichts knapper werdender Rohstoffe in Zukunft möglich sein könne.

Leben im Risiko

Aufgrund des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts stelle sich zudem heute immer mehr die Frage, ob man das, was man tun kann, auch tun darf. Wenn der Mensch immer stärker in die Bausteine von Natur und Leben vordringe, werde damit zugleich drängender, dass er die Konsequenzen dieses Handelns kaum absehen und beeinflussen kann. Dass wissenschaftliches und technisches Handeln mit hoher Wahrscheinlichkeit negative Konsequenzen haben werde, sei auch ein zutiefst ethisches Problem. Es gebe heute, so Töpfer, kein risikoloses Handeln mehr.

Leben im Informationsparadoxon

Wenn man die Konsequenzen des Handelns für die Zukunft abschätzen wolle, müsse man zudem damit rechnen, dass wir als Menschen in einem Informationsparadoxon leben. Das bedeute, Leben sei nur so denkbar, dass wir unvollkommene Informationen haben und trotzdem handeln müssen.

Alternativlosigkeit

Weiterhin sei bei dem Nachdenken über Nachhaltigkeit zu beachten, dass offenbar Demokratie und Menschheit immer



Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer zu Gast beim Katholikenrat im Bistum Fulda

Nachhaltiges Wirtschaften als Zukunftsaufgabe

mehr dem Markt, der Technik und dem Finanzwesen untergeordnet sind. Auch Papst Franziskus betone, dass nicht der Mensch die Technik, sondern dass Technik, Konsum und Markt den Menschen bestimmen. Schlagworte wie „alternativlos“ bedeuteten ja, dass wir uns in einer Pfadabhängigkeit befinden. Das heißt, dass aufgrund vorangegangener Entscheidungsstrukturen Menschen ihren Handlungsspielraum verlieren. Wer alternativlos handele, sei nicht mehr frei.

Es tue sich die Frage auf, wie man denn in diese Zwänge hineingekommen ist und was zu tun ist, um sich von ihnen zu lösen. Papst Franziskus fordere deshalb zu Recht, dass es keine Technik ohne Ethik geben dürfe und dass technologische Prozesse sich nicht verselbständigen dürfen.

Nachhaltigkeit

In diesem Sinne bedeute Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften, sich der Konsequenzen seines heutigen Handelns sehr bewusst zu sein und dieses Wissen zur Grundlage des eigenen Handelns zu machen.

gesellschaftlicher Umgang mit dem Irrtum

Mit dem Hinweis auf das Reaktorunglück in Fukushima wies Töpfer darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit, sich zu irren

und Entscheidungen zu treffen, die später geändert werden müssen, zum politischen Geschäft gehöre. Er forderte, den Umgang mit dem Irrtum zur Grundlage weiteren Handelns zu machen, weil die Wahrscheinlichkeit heute groß ist, dass wir uns irren.

Verantwortung von Wissenschaft und Forschung

Trotzdem komme Wissenschaft und Forschung die entscheidende Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu. Es gehe, so Töpfer, nicht um eine Kritik an der Gesellschaft, sondern um die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, was man tun kann, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Kreislaufgesellschaft gefordert

Als Beispiel nannte Töpfer die Einsicht, dass Deponien begrenzt sind und dass die Müllverbrennung an ihre Grenzen komme. Wenn man zum Beispiel in einen Supermarkt schaue, komme es heute darauf an, menschliche Arbeitskraft durch Verpackung zu substituieren. Man müsse in Zukunft von linearen Produktionsketten wegkommen, bei denen die einzelnen Schritte auf ihre Zielsetzungen hin optimiert sind, die aber am Ende auf eine Abfallproduktion hinauslaufen. Man brauche eine Kreislaufgesellschaft. Derjenige, der Pro-



Foto: © M. Ziegler



Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer zu Gast beim Katholikenrat im Bistum Fulda

Nachhaltiges Wirtschaften als Zukunftsaufgabe

dukte herstellt, müsse von Anfang an die Verantwortung haben, sie auch wieder zu entsorgen. Wichtig sei, bei der Entwicklung eines Produktes bereits dessen Wiederverwertung mitzudenken.

Alternativen haben, Freiräume schaffen

In einem weiteren Beispiel ging Töpfer auf die Entwicklung regenerativer Energien. Dabei gehe es nicht nur darum, in den Industriestaaten fossile und atomare Brennstoffe zu ersetzen. Erneuerbare Energien seien eine Antwort darauf, das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer zu stärken und gleichzeitig aus den Fehlern und negativen Konsequenzen, die in den Industriestaaten gemacht worden sind, zu lernen. Gerade angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung gehe es bei dem Stichwort Nachhaltigkeit darum, Alternativen zu haben und Freiräume zu schaffen, so Töpfer abschließend.

Der Katholikenrat Fulda ist das repräsentative Vertretungsgremium der Katholiken im Bistum Fulda. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Pastoralverbände, der katholischen Verbände, der Ordensgemeinschaften und einzelner hinzugewählter Persönlichkeiten.

„Wir sind Prof. Töpfer dankbar für seinen Besuch in Fulda. Wir haben ihn kennengelernt als werbenden Menschen, wenn es darum geht, das eigene Verhalten auf den Prüfstand zu stellen. Ob Energiewende, ethische Fragen oder nicht erneuerbare Ressourcen – Prof. Töpfer hat uns das Bewusstsein geöffnet für ein breites Spektrum, für das es sich lohnt, sich auch als Kirchenvertreter stark zu machen“, so der Katholikenratsvorsitzende Steffen Flicker in seiner Verabschiedung.



Foto: © M. Ziegler

Katholikenrat zu neuen Pfarreistrukturen

Missionarische Kreativität



Foto: Domkapitular Christof Steinert © M. Ziegler

Mit einem Bericht aus Vorstand und Arbeitsgruppen startete die Vollversammlung des Katholikenrates am vergangenen Freitagabend. Immer wieder standen dabei die Entwicklung des Bistums und die Erneuerung der Pastoral im Vordergrund. Anerkennend äußerte sich Katholikenratsvorsitzender Steffen Flicker über die Einbindung von Katholikenratsmitgliedern in die Beratungen zur Umsetzung der Strategischen Ziele im Bistum. „Es ist gut, dass in der Umsetzungsphase der Strategieziele die Räte einbezogen sind“, unterstrich Steffen Flicker, Vorsitzender des Katholikenrates im Bistum Fulda.

In einem Impuls sprach Domkapitular Christof Steinert zum Thema „XXL Pfarreien – Allheilmittel für die Zukunft der Pastoral?“ Er wies darauf hin, dass die Pfarrei nach Papst Franziskus keine starre Struktur sondern „vielfältig formbar und auf die jeweilige kirchliche Situation anzupassen ist“. Dafür brauche es von allen ehren- und hauptamtlichen Aktiven „innere Beweglichkeit“ und „missionarische Kreativität“, so Domkapitular Christof Steinert.

Die Pfarreien, die im Rahmen der strategischen Beschlüsse neu errichtet würden, sorgten für eine Unterbrechung der bisherigen pastoralen Praxis. Die Strukturziele regten deshalb auch einen Wechsel der Perspektive von kleinen räum-

lichen Pfarreien zu weiten pastoralen Räumen an. Mehr als bisher soll es in großen Räumen möglich sein, die kirchlichen Dienste und Angebote vom einzelnen her zu denken und zu gestalten. Der Respekt vor der einzelnen Person, die Offenheit für Unerwartetes und ein Blick für konkrete Nöte sollen das kirchliche Handeln prägen. Mit dem Mut zu einer anderen Pfarrei sei auch die Zuversicht verbunden, dass Gottes Geist im Leben vieler Menschen längst am Werk ist und ihnen Charismen schenkt.

Es gehe in den Pfarreien der Zukunft nicht um Zentralisierung sondern darum, einen verlässlichen Rahmen für die Seelsorge zu schaffen. „Jede Pfarrei ist und wird ein Netzwerk von kirchlichen Orten, Angeboten und Gruppen. Damit werden Rahmenbedingungen für individuelle und lokale Lösungen am jeweiligen Ort geschaffen“, so Steinert. Insofern schafften die neuen Pfarreien Verlässlichkeit und neue Perspektiven für die Pastoral.

Am Freitagabend beschlossen die Delegierten des Katholikenrates, sich weiterhin im ökumenischen Dialog zu engagieren und die mittlerweile traditionelle ökumenische Wallfahrt zum Gebetsort für die Einheit der Christen nach Retzbach auch in den nächsten Jahren durchzuführen.

Gottesfrage ist entscheidend

Bischof Heinz Josef Algermissen dankt Katholikenrat für vertrauensvolle Zusammenarbeit



Foto v. l. n. r.: Egon Schütz, Mechthild Struß, Christoph Heigel, Steffen Flicker, Thomas Ebert, Bischof Heinz Josef Algermissen, Beate Müller, Ordinariatsrat Thomas Renze

Foto © Mathias Ziegler

Dankbar und mit großer gegenseitiger Wertschätzung haben Bischof Heinz Josef Algermissen und der Vorstand des Katholikenrates auf die Zusammenarbeit der vergangenen 17 Jahre zurückgeblickt.

In der Rückschau auf seine Amtszeit als Diözesanbischof stellte Bischof Algermissen heraus, dass für ihn immer wieder die Frage „Wer ist Gott für mich und kann Gott mein Leben verändern?“ Grundlage aller Entscheidungen war. Bei allen oft oberflächlich anmutenden Diskussionen und Themen müsse diese Frage nach Gott Basis allen kirchlichen Handelns sein.

Vorstandsmitglied Thomas Ebert hob hervor, dass Bischof Algermissen die Zusammenarbeit von Anfang an im Dialog gestaltet habe. Das Ziel, die Pastoral im Bistum Fulda neu auszurichten, habe seine gesamte Amtszeit bestimmt. Der Katholikenrat sei dankbar für die Offenheit, die der Bischof ihm entgegengebracht habe.

Aber auch politische Themen und die gesellschaftliche Frage sozialer Gerechtigkeit standen immer wieder im Mittelpunkt des Austausches. Der Bischof lobte die Kontinuität der Arbeit der Katholikenratsvorstände. „Sie waren für mich wesentliches Element der Kirche von Fulda“, betonte der Bischof in diesem Zusammenhang. Er verabredete, mit dem Katholikenrat einen gemeinsamen Brief an alle Gläubigen des Bistums zu senden, in dem über den Prozess der Strategischen Ziele informiert und für ihn geworben wird.

Weitere Themen des Bischofsgespräches waren die Pfarrgemeinderatswahl 2019, die Entwicklung der Projektgruppen des Bistums zu den Strategischen Zielen und ein Rückblick auf den Tag der Pfarrgemeinderäte im September 2017. Der Bischof kündigte an, zum Katholikentag nach Münster vom 9. bis 13. Mai zu kommen und dort am Stand des Bistums für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Kirche ein Gesicht geben

Spitzengespräch von Katholikenratsvorstand, Bistumsleitung und Priesterrat

Kirche ist dort lebendig, wo Menschen sich selbst als Kirche verstehen und so Kirche ein Gesicht geben“, so fasst Steffen Flicker, der Vorsitzende des Katholikenrates im Bistum Fulda, die Herausforderungen der Pastoral der Zukunft zusammen. Gemeinsam mit Generalvikar Prof. Dr. Gerhard Stanke, Personalreferent Domkapitular Christof Steinert und dem Sprecher des Priesterrates, Pfarrer Jan Kremer (Petersberg), traf sich der Vorstand des Katholikenrats im Fuldaer Bonifatiushaus.

In den Beratungen wurde vor allem die gemeinsame Verantwortung aller Getauften im Hinblick auf die Erkenntnis der Zeichen der Zeit und die entsprechende Gestaltung des Glaubenslebens in der Gegenwart herausgestellt.

Je stärker es gelinge, die Charismen in den Gemeinden wahrzunehmen und zur Entfaltung zu bringen, umso mehr bestehe die Möglichkeit, Kirche vor Ort erlebbar zu machen und glaubwürdig das Evangelium zu leben. „Es ist gut, dass wir als Laien und Priester gemeinsam auf einem guten Weg sind“, fasste Steffen Flicker das Spitzengespräch zusammen.

Weitere Themen der Konferenz waren der Start der Vorbereitungen für die Pfarrgemeinderatswahl 2019, Berichte über die Projekte im Strategieprozess 2030, der Umgang mit Positionen der AfD sowie die inhaltliche Arbeit des Priesterrates.



Foto v. l. n. r.: Pfarrer Jan Kremer, Thomas Ebert, Steffen Flicker, Christoph Heigel, Beate Müller, Mechthild Struß, Generalvikar Prof. Dr. Gerhard Stanke, Egon Schütz, Domkapitular Christof Steinert

© Mathias Ziegler

Fuldaer ZdK-Mitglieder im Gespräch mit Bundesumweltministerin

Steffen Flicker, Bettina Faber-Ruffing und Marcus Leitschuh auf ZdK-Konferenz in Bonn

Mit großer Mehrheit wurde ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg für vier weitere Jahre von der Herbst-Vollversammlung in Bonn wiedergewählt. Die ZdK-Mitglieder aus dem Bistum Fulda, Katholikenratsvorsitzender Steffen Flicker (Fulda), Marcus Leitschuh (Kassel) und Bettina Faber-Ruffing (Fliesen) beglückwünschten den wiedergewählten ZdK-Präsidenten und wünschten ihm für die neue Amtsperiode Gottes Segen. Ausführlich wurde das Ergebnis der Bundestagswahlen und die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung besprochen.



Bettina Faber-Ruffing, Steffen Flicker und Marcus Leitschuh Foto: © privat

Besonders besorgt zeigten sich die ZdK-Delegierten über den hohen Anteil an Protestwählern. „Wenn Menschen sich unter Druck gesetzt fühlen und zugewanderte Menschen als Konkurrenz und Bedrohung wahrnehmen, wenn Ängste vor dem Fremden und Ungewohnten aufkommen, muss das von den gewählten Parlamentariern ernst genommen werden“, mahnte der Vorsitzende des Katholikenrates im Bistum Fulda und ZdK-Mitglied Steffen Flicker.

Das ZdK forderte dazu auf, in Tarifverhandlungen, im Wohnungsbau, in der Familienförderung und mit Bildungsinvestitionen mehr dafür zu tun, dass die soziale Ungleichheit nicht weiter zunehme. Die Schere zwischen den einfachen Einkommen und den Spitzeneinkommen sei zu weit auseinandergegangen. Hier müssten die Parteien tatkräftig und programmatisch ansetzen, betonte Marcus Leitschuh (Kassel).

Auch mit dem Thema „Bioethik“ beschäftigte sich das ZdK, das sich gemeinsam mit den Bischöfen verstärkt in bioethischen Debatten einbringen wird, die das deutsche Embryonenschutzgesetz unter Druck setzen. „Ob als Embryo, durch Krankheit und Behinderung eingeschränkt oder im Sterben – in keiner Phase darf das menschliche Leben verzweckt, nach seiner Nützlichkeit bemessen und unter Optimierungszwang gestellt werden“, unterstreicht Steffen Flicker. „Wir verstehen uns als Anwalt für das Leben in allen seinen Stadien, und das werden wir ganz sicher auch bleiben“, so Bettina Faber-Ruffing (Fliesen).

ZdK-Präsident Sternberg kündigte an, dass die Kompetenzen der Unterkommission Bioethik der Deutschen Bischofskonferenz und des ZdK-Sachbereichs Politische und ethische Grundfragen gebündelt werden sollen.

Vor dem Hintergrund der ebenfalls in Bonn gerade zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz forderte Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks vor der ZdK-Vollversammlung, dass bei der Bekämpfung von Fluchtursachen insbesondere Verbesserungen zum Klimaschutz erreicht werden müssten. Wenn Menschen in zerstörter und bedrohter Umwelt leben müssten, dann würden sie sich auf die Flucht begeben.

Am Rande der ZdK-Vollversammlung tauschten sich die Fuldaer Delegierten mit der Bundesumweltministerin über den Zusammenhang von Flucht und Umweltschutz aus.



Bettina Faber-Ruffing, Steffen Flicker, Umweltministerin Dr. Barbara Hendricks und Marcus Leitschuh Foto: © privat

Fotsetzung Seite 9...

Aus aktuellem Anlass sprach sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gegen eine Öffnung der Geschäfte am Heiligen Abend in diesem Jahr aus. Das ZdK warnte zudem grundsätzlich vor einer weiteren Liberalisierung des Ladenschlusses am Sonntag, insbesondere, da derzeit in mehreren Bundesländern Gesetzesinitiativen diskutiert werden.

„Gemeinsame freie Zeit ist für das gesellschaftliche Leben besonders wertvoll. Sie gibt den Menschen Gelegenheit für familiären und freundschaftlichen Austausch, gemeinsame Aktivitäten, Feste und Begegnungen“, argumentierte Steffen Flicker. Hierin liegt die Bedeutung des Wochenendes, an dem für die meisten der eng getaktete Alltag unterbrochen wird, und insbesondere des Sonntags. Diese gemeinsame Zeit sei unerlässlich für Familien, Freundeskreise und Verbände, für Kirchengemeinden und andere religiöse Vereinigungen, betonte Bettina Faber-Ruffing (Flieden). Die Menschen bräuchten verlässliche und geschützte Ruhephasen, in denen sie zu sich selbst finden und wieder Kraft tanken könnten.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht eine räumliche und zeitliche Flexibilisierung der Erwerbsarbeit. Hier liegen auch große Chancen für die Beschäftigten. Angesichts zunehmend individualisierter Zeiten für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und Freizeit kann aber aus dem Blick geraten, wie wichtig für eine Gesellschaft Zeiten sind, in denen fast alle von Erwerbsarbeit freigestellt sind und deshalb Zeit für gemeinsames Leben und Erleben haben.

Bitte vormerken: Landtagswahl in Hessen

Der Hessische Landtag besteht in der Regel aus 110 Abgeordneten. 55 Abgeordnete werden in den Wahlkreisen direkt gewählt, die restlichen 55 Abgeordneten erhalten ihre Sitze über die Landeslisten der Parteien. Die Wahlperiode des Hessischen Landtags dauert 5 Jahre. Die nächste Landtagswahl findet am 28. Oktober 2018 statt. Informationen auf: <https://wahlen.hessen.de>

Nachhaltiges Wirtschaften

Fuldaer ZdK-Mitglieder tagten in Münster

Die Bewahrung der Schöpfung im Sinne eines nachhaltigen Handelns ist eine herausfordernde Aufgabe von Kirche heute“, so fasst Steffen Flicker, der Vorsitzende des Katholikenrates im Bistum Fulda und ZdK-Mitglied, die Ergebnisse einer deutschlandweiten Tagung der Katholikenräte und ZdK-Mitglieder in Münster zusammen.

Vor dem Hintergrund der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus befassten sich die Tagungsteilnehmer am vergangenen Wochenende mit Handlungszielen eines nachhaltigen Wirtschaftens. In Arbeitsgruppen ging es um Fragen der Schöpfungsverantwortung, des ethischen Investments und des nachhaltigen Beschaffungsmanagements.

„Als Christen sind wir konkret herausgefordert, in einer globalisierten Welt achtsam mit den Rohstoffen unserer Erde und dem Lebensraum von Menschen, Tieren und Pflanzen umzugehen“, stellte Steffen Flicker heraus.

In seiner Begrüßung erinnerte ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg an die Verantwortung aller Getauften für die Gestaltung von Kirche und Welt (allgemeines Priestertum der Gläubigen). Er mahnte gerade in diesem 400. Jahr nach Ausbruch des 30-jährigen Krieges an, sich auch heute in Zeiten des Umbruchs als Laien energisch zu Wort zu melden und den „Frieden zu suchen“. Eine gute Möglichkeit dazu bietet der Katholikentag, der im Mai 2018 unter dem Leitwort „Suche Frieden“ in Münster stattfindet.



Foto von links nach rechts: Steffen Flicker, Bettina Faber-Ruffing und Mathias Ziegler

© Foto privat

„Wenn man uns fragt!“ Ideen zur Zukunft des Laienengagements



Foto: Dr. Klaus Isert © Mathias Ziegler

Dr. Klaus Isert ist Leiter der Arbeitsgruppe „Gemeinsam Kirche sein - heute Glauben leben“. Dort wurde der Tag der Pfarrgemeinderäte 2017 zum Thema „Kirche gestalten mit Laien - da geht noch was!“ vorbereitet und ausgewertet.

Aus Anlass des Jubiläums „50 Jahre Pfarrgemeinderäte“ ging es darum, wie es weitergeht mit dem Laienengagement im Bistum Fulda.

Redaktion: Wie muss Laienengagement aus Ihrer Sicht und nach der Rückmeldung der Pfarrgemeinderäte in Zukunft aussehen?

Dr. Isert: Laienengagement und die Mitsprache von Laien müssen aus meiner Sicht gestärkt werden. „Laie“ zu sein, geht in Zukunft nur geistlich und missionarisch. Nur so können wir als Laien Kirche verändern und Aufbruch gestalten. Konkret heißt dies, uns gemeinsam im Glauben weiterzuentwickeln, die Bibel zu lesen und dies im Gespräch und im Gebet mit anderen zu tun.

Redaktion: Bischof Algermissen hat am Pfingstfest die Strategischen Ziele für das Bistum Fulda in Kraft gesetzt. Arbeitsgruppen tagen, eine Internetseite wurde eingerichtet. Was hat die Alltagswirklichkeit der Pfarrgemeinderäte mit dieser Bistumsreform zu tun?

Dr. Isert: Bei der Auswertung haben wir festgestellt, dass viele Anliegen der Pfarrgemeinderäte sich konkreten Strategischen Zielen zuordnen lassen. Wenn es z. B. darum geht, bestimmte Altersgruppen oder Menschen in speziellen Lebensbezügen anzusprechen, machen die Strategischen Ziele dafür den Weg frei. Ähnliches gilt, wenn es darum geht, Schulen oder Kindergärten in das pastorale Konzept einer Pfarrei einzubinden. Die Strategischen Ziele fordern hier den Sozialraumbezug der Pastoral.

Redaktion: Das klingt ja sehr gut. Gab es auch Sorgen, die von den Pfarrgemeinderäten geäußert wurden?

Dr. Isert: Die Liturgie steht oben auf der Liste. Es war deutlich zu hören, dass man sich ein stärkeres Miteinander bei den Vorbereitungen von Gottesdiensten wünscht. In Gottesdiensten muss von den Sorgen und den Alltagsrealitäten der Menschen die Rede sein und das gute Wort, die segnende Zusage Gottes mitgenommen werden können.



Foto: Arbeitskreis © Mathias Ziegler

Redaktion: Was hat die Pfarrgemeinderäte sonst noch bewegt?

Dr. Isert: Die Pfarrgemeinderäte sorgen sich, wer in Zukunft die Pastoral tragen und kirchliche Angebote machen soll. Wir schlagen deshalb vor, vor Ort darüber zu sprechen, wie wir konkret gemeinsam Kirche sein können. Das wird sicherlich in jeder Gemeinde anders sein und in den größeren Pfarreien eine besondere Herausforderung. Wir wünschen uns vor Ort ein regelmäßiges Gespräch, z. B. einen jährlichen Workshop, in dem die Gemeindemitglieder gemeinsam mit den Hauptamtlichen überlegen, was gibt es hier anzupacken, wer braucht unsere Hilfe, wie können wir unser Zusammensein gelingend gestalten und vor allen Dingen auch, wer kann was anpacken? Dies bedeutet dann natürlich, dass Dinge nicht mehr getan werden können, aber anderes bricht auch neu auf. Vor allem kommt es auf eine intensive Kommunikation an, damit aus einem Nebeneinander ein Miteinander wird. Sorge macht mir die Wertschätzung der Ehrenamtlichen. Ein Wort, das sehr häufig am PGR-Tag genannt wurde. Miteinander partnerschaftlich zu reden, wäre ein guter Schritt auf dem Weg. Und das gilt natürlich für beide – Haupt- und Ehrenamtliche genauso.

Redaktion: Welcher Wunsch mit dem Blick auf die Zukunft der Kirche, wurde am Tag der Pfarrgemeinderäte deutlich?

Dr. Isert: Es war ein Grundkonsens zu spüren, dass nur ein gemeinsames Vorgehen die Zukunft der Kirche in unserem Bistum erhalten und beleben kann. Der Schulterschluss zwischen Hauptamtlichen und Laien im Sinne des Priestertums aller Getauften, wie es das II. Vatikanische Konzil in *Lumen Gentium* benennt, wurde als wichtige und notwendige Grundlage formuliert. Glauben zu bewahren, zu erhalten und missionarisch weiterzugeben ist nur leistbar, wenn sich in Gemeinden Teams bilden, die auch beauftragt werden, war aus den Reihen der Pfarrgemeinderäte zu hören. Bei all dem müssen wir uns bewusst sein, dass Hoffnung und Vertrauen tragende Säulen für eine gelingende Gemeindegemeinschaft sind. Rechnen wir bei allem mit dem Eingreifen Gottes und sind dafür offen.

Zur Auswertung des PGR-Tages **bitte hier klicken**



Foto: Arbeitskreis © Mathias Ziegler

Special zur Nachhaltigkeit: Alberto Acosta „Buen vivir“



Foto: Alberto Acosta Rosa Luxemburg Stiftung, Sao Paulo

INFORMATION

Alberto Acosta ist am 21. Juli 1948 in Quito, Ecuador geboren. 2007 war er Energie- und Bergbauminister unter dem ecuadorianischen Präsident Rafael Correa und bis 2008 Präsident der verfassungsgebenden Versammlung von Ecuador. Acosta hat fast zehn Jahre in Deutschland gelebt und studiert. Heute ist er Professor für Ökonomie an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften in Quito.

„Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben“ ist eine Lebensanschauung der indigenen Andenvölker. „Buen vivir“ zielt auf ein Leben im Einklang mit der Natur und allen Geschöpfen ab und fordert ein soziales und solidarisches Wirtschaften und eine Abkehr von Wirtschaftswachstum als zentralem Entwicklungskriterium

Herr Acosta, in Ihrem Buch „Buen vivir“ fordern Sie das Recht auf ein „Gutes Leben“ für alle Menschen auf der Welt. Was steckt dahinter und vor allem: Wie soll es funktionieren?

Alberto Acosta: „Buen vivir“ ist ein zentrales Prinzip in der Weltanschauung der Völker des Andenraumes und meint das Zusammenleben in Vielfalt und Harmonie mit der Natur und mit den anderen Mitmenschen; ein nachhaltiges und würdiges Leben für alle. Wir können aber nicht erwarten, gleich alle Antworten parat zu haben, sondern müssen den Weg in die Zukunft selbst immer wieder neu beschreiten. Deshalb habe und gebe ich in meinem Buch auch keine Rezepte für den Wandel. Es gibt zum Glück keinen Masterplan, wie man das „Buen vivir“ in die Praxis umsetzen soll – und umgekehrt brauchen wir auch keine Lösungen von oben. Wir müssen uns also zunächst von dem Staats- und Markt fetischismus befreien und stattdessen für mehr Gemeinschaftssinn und eine große Solidarität unter den Menschen sorgen. Denn die Basis für neue Welten ist immer Demokratie, und wenn wir den Aufbau neuer Gesellschaften nicht demokratisch gestalten, wird auch das Endprodukt nicht demokratisch sein.

Sie haben in den 70er Jahren in Deutschland Betriebs- und Volkswirtschaft studiert. Wie nehmen Sie Land und Menschen heute wahr?

Alberto Acosta: Deutschland hat einen ganz besonderen Platz in meinem Herzen. Ich habe zehn Jahre hier gelebt, mein ältester Sohn wurde hier geboren. Ich habe also eine große Zuneigung für dieses Land. Zurück in Ecuador, kam mir das Leben der Deutschen während der folgenden Jahrzehnte jedoch sehr flach vor. Alles schien ziemlich langweilig. Obwohl es eine Menge Probleme gab, waren die Leute trotzdem irgendwie zufrieden. Sie machten mit. Erst in den letzten Jahren hat sich etwas in Bewegung gesetzt: Die Menschen interessieren sich jetzt mehr für das, was in ihrem Land geschieht. Es gibt viele interessante Projekte und Ideen, die von unten kommen, aus den Gemeinden. Deshalb ist es jetzt wichtig, Brücken zu schlagen zwischen den konkreten Projekten bei Euch im Norden und unseren machbaren Utopien im Süden. Denn die Ideen von „Buen vivir“ sind ja nicht neu, sie werden in Europa nur gerade bekannt. Bei uns ist vieles davon schon Wirklichkeit, die Erfahrungen und Praktiken sind zum Teil jahrhundertalt. Jetzt verbreiten sie sich in der Welt, wo sie an die Transformationsprozesse in anderen Ländern anknüpfen können, wie zum Beispiel in Indien mit Svarag oder in Afrika mit Ubuntu

Special zur Nachhaltigkeit: Alberto Acosta „Buen vivir“

Welche Rolle spielen Politik und Regierungen bei diesen Prozessen?

Alberto Acosta: Für Frau Merkel ist die Sache klar: Sie gibt sich offen für diese Ideen und nutzt die Möglichkeit, über ein modernes Konzept zu diskutieren, allerdings ohne den Inhalt des „Guten Lebens“ oder „Buen Vivir“ zu analysieren, damit – nach Merkels Aussage – in Deutschland alles bleibt, wie es war. Aber auch in Ecuador, wo Grundelemente wie die Rechte der Natur oder die Anerkennung des Grundrechts auf Wasser seit 2008 in der Verfassung stehen, wird „Buen vivir“ von der Regierung weder praktiziert noch unterstützt. Das Konzept wurde umgewandelt, gerupft und entleert und dient nur noch als Propaganda. Es gibt sogar ein eigenes „Buen vivir“-Ministerium, was großer Quatsch ist. Es klingt natürlich schön, schließlich wollen alle Menschen ein gutes Leben. Aber was bedeutet das? Gutes Leben bedeutet nicht, dass die reichen Leute weiter konsumieren wie bisher, die Natur schädigen und sich einseitig auf endloses Wirtschaftswachstum fixieren. Ein gutes Leben kann nicht auf der Armut und Ausbeutung anderer Menschen oder der Zerstörung der Natur basieren, niemals!



Foto: ©Bernd Kasper_pixelio.de



Foto: © Joujou_pixelio.de

Und wie sieht es in Deutschland aus mit „Buen vivir“?

Alberto Acosta: Also, die Deutschen haben das „Gute Leben“ keinesfalls eingeführt. Denn viel zu konsumieren und vielleicht auch viel Spaß dabei zu haben, hat mit dem Konzept von „Buen vivir“ nichts zu tun. Aber was kann man dagegen tun? Es ist schwer, etwas gegen den Konsum zu sagen – wie kann ich diese Rolle annehmen und anderen sagen, sie sollen nicht so viel konsumieren? Viele Leute merken ja, dass sie unglücklich sind und unzufrieden mit der jetzigen Wirtschaftszivilisation. Aber der Wandel muss bei jedem einzelnen Menschen durch den Kopf gehen und auch in den Gemeinschaften umgesetzt werden. Denn ich weiß, was nicht funktioniert: Wenn wir den Kapitalismus stoppen möchten, geht das nicht von heute auf morgen. Da hilft uns auch kein Sturm auf den Winterpalast.

Also keine Revolution?

Alberto Acosta: Doch, jeden Tag ein bisschen, eine ständige Revolution! Aber nicht die Art von Revolution, die von oben kommt. Wir brauchen natürlich irgendwann eine andere Form von Staat, aber diese Umwandlung muss in den Gemeinden, Kommunen und Gemeinschaften stattfinden. Es gibt tausende Projekte in der Welt, in denen wir schon heute die drei Hauptsäulen für die Weltveränderung finden: ständige Kritik plus visionäres Denken plus konkretes Handeln. Denn Handeln alleine reicht nicht: Wir müssen uns eine ganz andere Welt vorstellen können, wir brauchen eine Perspektive. Und visionäres Denken ohne konkretes Handeln würde nur dazu führen, dass die Ideen irgendwann in einem Buch oder in einer Universität verschwinden.

Special zur Nachhaltigkeit: Alberto Acosta „Buen vivir“



Foto: © Sandor Somkuti_pixelio.de

Das klingt nach einem langen Weg. Haben wir denn noch so viel Zeit? Es ist ja nicht mehr fünf vor zwölf, sondern eher schon viertel nach drei.

Alberto Acosta: Wir können die Uhr nicht stoppen, wir können nur dagegen halten. Die Politiker, die an der Macht sind, denken an die künftigen Wahlen und nicht an die künftigen Generationen. Das hilft uns nicht. Aber wenn wir uns von unten organisieren, können wir unsere Probleme heute lösen und gleichzeitig längerfristig denken – weil wir keine Wahlen gewinnen wollen.

In Deutschland haben die Krisen und Reformen der letzten Jahre zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft und einem starken Anstieg der Armut geführt. Die Menschen werden verwaltet, entmündigt und sind häufig nicht in der Lage, sich zu reflektieren. Wie kann man die erreichen?

Alberto Acosta: Da bin ich überfragt. Ich weiß nicht, wie man an diese Menschen rankommt. Ich versuche es mit meinen Lesungen und Konferenzen. In Ecuador ist die Situation anders, weil die Ideen des „Buen vivir“ nicht oben, sondern unten entstanden sind, sie kommen aus den indigenen Gemeinden. Das heißt natürlich nicht, dass das ganze Volk damit einverstanden ist. Gerade viele arme Leute wünschen sich ein kapitalistisches Leben. Sie konsumieren und möchten ein schnelleres Wirtschaftswachstum, damit

sie noch mehr konsumieren können. Das ist die Realität, in der wir leben. Trotzdem gibt es immer mehr Menschen, die sich mit diesen neuen Ideen beschäftigen und versuchen, etwas anders zu machen, vor allem ein Teil der jugendlichen Generation. Die Lösungen für unsere Probleme werden jedenfalls nicht von oben kommen. Konkrete Ansätze kann man in Gemeinschaftsprojekten beobachten, man muss sich nur umgucken. Und manche Dinge sind ganz einfach umzusetzen: Zum Beispiel die Hausgemeinschaft in vielen Teilen Europas, in der jede Partei mit kleinen Symbolen am Briefkasten anzeigt, was an Haushaltsgeräten oder Werkzeug vorhanden ist und an die Nachbarn verliehen wird.

Welche Rolle spielt die Erziehung bei „Buen vivir“?

Alberto Acosta: Wir sind alle von einer drakonischen Erziehung geprägt: Wir mussten mehr haben, mussten schneller sein, mussten größer werden – und das ist nur durch mehr Wachstum zu erreichen. In der wirtschaftlichen Praxis entstehen daraus Prinzipien, die wir alle kennen: Akkumulation, Profit, Wachstum und Effizienz. Das hat nicht nur den Produktivismus in all seinen perversen Ausprägungen, sondern auch den Individualismus und den Konsumismus geformt. Ich stelle mir immer diese Frage: Wie würde die Welt meiner Enkelkinder aussehen, wenn wir sie mit den Prinzipien des „Buen vivir“ erziehen würden? Das Grundprinzip ist hier die Harmonie: Der Mensch muss in Harmonie mit sich selbst leben. Er muss in Harmonie mit den anderen Menschen leben. Und Gemeinschaften müssen in Harmonie mit den anderen Gemeinschaften und der Natur leben. Das ist es, was wir in Wirklichkeit brauchen. Wir brauchen bestimmte Grundelemente von „Buen vivir“, damit wir diese Harmonie in der Welt erreichen oder uns zumindest in ihre Richtung bewegen. Konflikte wird es trotzdem immer geben. Wir verbreiten ja auch nicht die Idee, dass ein Paradies auf Erden möglich ist.

Copyright © Neue Westfälische 2018, Ausgabe vom 06.08.2016,

Autoren: Nicole Hille-Priebe / Oliver Herold (Text durch die Redaktion gekürzt.)

Special zur Nachhaltigkeit: Alles ist aufeinander bezogen

Die Umweltbeauftragte des Bistums wirbt für nachhaltigen Konsum

Im Gleichnis vom guten Hirten macht Jesus die Zusage „ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben“ (Joh10,10). Mit unserem derzeitigen Konsumverhalten und Lebensstil schöpfen wir allerdings sehr reichlich und wenig nachhaltig aus dieser Fülle. Papst Franziskus stellt in seiner Enzyklika *Laudato si* fest: „Diese Probleme sind eng mit der Wegwerfkultur verbunden“ (LS 22).

Laudato si

Immer weniger von dem, was wir konsumieren wird lokal produziert. Produkte werden weltweit hergestellt, transportiert, konsumiert und schließlich entsorgt. Wie wir damit von dem seit je her funktionierendem Prinzip der Kreislaufwirtschaft abgekommen sind, beschreibt der Papst sehr anschaulich: „Es fällt uns schwer anzuerkennen, dass die Funktionsweise der natürlichen Ökosysteme vorbildlich ist: Die Pflanzen synthetisieren Nährstoffe für die Pflanzenfresser; diese ernähren ihrerseits die Fleischfresser, die bedeutende Mengen organischer Abfälle produzieren, welche Anlass zu neuem Pflanzenwuchs geben“ (LS 22). Ein Forschungsbericht des Umweltbundesamtes^(a) schlägt mit Blick auf die Reorganisation einer Kreislaufwirtschaft die zunehmende Nutzung anthropogener anstelle natürlicher Lagerstätten vor. Rohstoffe sollen möglichst aus regenerativen Quellen stammen und vermehrt in langlebigen Gütern, Infrastrukturen, Gebäuden und Deponien lagern, die bereits in der Entwurfsphase so gestaltet sind, dass alle Materialien wieder genutzt werden können.

Mit *Laudato si* führt uns der Papst sehr deutlich vor Augen, „dass alles aufeinander bezogen ist und dass die echte Sorge für unser eigenes Leben und unsere Beziehungen zur Natur nicht zu trennen ist von der Brüderlichkeit, der Gerechtigkeit und der Treue gegenüber den anderen“ (LS 70). Zentrale Wurzel der ökologischen Krise sei die „große anthropozentrische Maßlosigkeit“ (LS 116). Bezeichnend ist auch, dass der Begriff „Konsum“ in der Enzyklika über fünfzigmal vorkommt.

Macht der Verbraucher

Als Verbraucher können wir durch unsere Nachfrage mitbestimmen, welche Produkte sich auf dem Markt behaupten. Diese strategische Macht sollten wir gerade als Kirche nutzen. Nachhaltiger Konsum heißt: bewusst konsumieren, genauer hinschauen und die eigene „Gesamtbilanz“ im Blick haben. Dazu benötigen wir Informationen zum Ressourcenverbrauch über den gesamten Produktions- und Verbrauchszyklus. Ver-



Dr. Beatrice van Saan-Klein, Umweltbeauftragte
 umweltbeauftragte@bistum-fulda.de
 pers. Beratung: T. 0661 / 87293

antwortliche und umweltbewusste Kaufentscheidungen werden durch Prüfsiegel und Umweltzeichen unterstützt. Um trotz der wachsenden Anzahl an Zertifikaten und Siegeln, den Überblick zu behalten, können wir uns den „Kompass Nachhaltigkeit“ der öffentlichen Beschaffung zu Nutzen machen: <http://oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de/guetezeichen/> Weitere Orientierungshilfen bieten das ökumenische Portal www.zukunft-einkaufen.de oder das von der Bundesregierung eingerichtete Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum <https://k-n-k.de/>

Strategische Ziele und Nachhaltigkeit

Nachhaltiger Konsum ist auch in den Strategischen Zielen des Bistums Fulda verankert. Im Kap. 2.2. Weltkirche heißt es „Zum Konsum von Produkten aus dem Fairen Handel sind alle Pfarreien und Einrichtungen des Bistums verpflichtet“. Im Kap. 2.3. Schöpfungsverantwortung gibt es - hier stark verkürzt - folgende Zielerreichung: „Nachhaltiges Wirtschaften und ressourcenschonendes Verhalten sind bistumsweit Bestandteil des pastoralen Handelns auf allen Ebenen.“ In den Pfarreien und Einrichtungen werden Ansprechpartner für das Thema Schöpfungsverantwortung benannt. Pfarreien und Einrichtungen überprüfen ihren Energieverbrauch und führen Initiativen für klimafreundliches Handeln sowie Maßnahmen zur Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger

Fortsetzung Seite 17...

durch. Im Kap. 4. Das Bistum lautet das Ziel 10 b „Der Betreiberbetriebsbetrieb inkl. an sozial-ethischen Kriterien orientierter Verpflegung (fair, regional, saisonal, biologisch) arbeitet kostendeckend.“

Was kann ich tun?

Neben der Frage, was wir kaufen ist ganz entscheidend, wieviel wir kaufen. „Außerdem wissen wir, dass etwa ein Drittel der produzierten Lebensmittel verschwendet wird, und dass „Nahrung, die weggeworfen wird, gleichsam vom Tisch des Armen [...] geraubt wird“ (LS 50). Wichtig ist also ein maßvoller und bedarfsgerechter Einkauf! Gewisse Überregulierung der Hygienevorschriften im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung könnten bei der Politik kritisch angefragt werden.

„Machen wir uns zum Beispiel bewusst, dass der größte Teil des Papiers, das produziert wird, verschwendet und nicht wiederverwertet wird“ (LS 22). Müssen wir jede Email ausdrucken und wenn, dann bitte zweiseitig. Brauchen wir Flyer und Hefte wirklich in so großer Stückzahl, nur weil mehr beim Druck auch nicht teurer wird? Sammeln wir Altpapier und kaufen dann auch Produkte aus Recyclingpapier?

„Die christliche Spiritualität schlägt ein anderes Verständnis von Lebensqualität vor und ermutigt zu einem prophetischen und kontemplativen Lebensstil, der fähig ist, sich zutiefst zu freuen, ohne auf Konsum versessen zu sein“ (LS 222).

(a) Den Weg zu einem treibhausgasneutralen Deutschland ressourcenschonend gestalten <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/den-weg-zu-einem-treibhausgasneutralen-deutschland>

Zum Stark-werden braucht es Bildung!

Stifte recyceln und zugleich 200 syrischen Mädchen in einem Flüchtlingscamp im Libanon Schulunterricht ermöglichen. Durch das Recycling von Stiften unterstützt der Weltgebetstag ein Team aus LehrerInnen und PsychologInnen, das 200 syrischen Mädchen in einem Flüchtlingscamp im Libanon Schulunterricht ermöglicht. Für 450 Stifte können zum Beispiel ein Mädchen mit Schulmaterial ausgestattet werden und sich ihm so eine Tür für eine bessere Zukunft öffnen.

Infos und Kontakt zu Sammelstellen bei:

stifte@weltgebetstag.de oder <https://weltgebetstag.de/aktuelles>

Auskünfte auch bei: Frauenseelsorge Fulda unter T: 0661 87356



Stifte Aktion 2017 © weltgebetstag.de

Special zur Nachhaltigkeit: nachhaltig leben, arbeiten und wirtschaften



Michael Schmitt

Foto: privat

Sehr geehrter Herr Schmitt, Sie sind Vorstandsmitglied der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Bistum Fulda. Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Diözesanverband Fulda steht mit ihren Aktionen und ihrer Bildungsarbeit für ein nachhaltiges Leben, Arbeiten und Wirtschaften.

Nachhaltigkeit hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun? Wie ist Ihre Position?

Schmitt: Wir müssen uns klar darüber werden, dass wir für alle Menschen auf der Welt genug zum Leben haben. Wir haben kein Knappheitsproblem, sondern ein Verteilungsproblem. Während aber manche in Armut und im Elend leben, leben die anderen „über alle Maßen“. Wir fordern die Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft auf, eine gerechte Verteilungspolitik zu betreiben und auf Ausgleich bedacht zu sein, um Ungleichheiten zu beseitigen. Ohne eine entsprechende Ordnungspolitik wird der Markt zügellos und schafft immer neue Grundlagen für Ungleichheit zwischen und unter den Menschen.

Was hat wirtschaftliche Verantwortung mit Nachhaltigkeit zu tun?

Schmitt: Für die KAB steht der Mensch im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Prozesse, nicht die Profitinteressen

Weniger. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verwirklichung der Lebensrechte für alle entsprechend ihrer Menschenwürde hat Vorrang und nicht die Absatzfähigkeit von Waren und Dienstleistungen am Markt. Auch Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital, weil Arbeit unmittelbar mit dem Menschen verbunden ist, Kapital aber lediglich Ergebnis von Arbeit ist und Sachmittel zum Wirtschaften bedeutet.

Es gibt also Werte, die wirtschaftliches Handeln zu nachhaltigem Handeln machen?

Schmitt: Den Menschen in den Mittelpunkt des guten Wirtschaftens zu stellen bedeutet auch, nachhaltig zu wirtschaften. Der Mensch als „Krone der Schöpfung“ hat nicht das Recht, Ressourcen in einem unvorstellbaren Maße zu verbrauchen und so den nachfolgenden Generationen die Lebenschancen zu mindern. Gut und nachhaltig wirtschaften ist eine wertgesteuerte Form des wirtschaftlichen Handelns, die zum Beispiel auch Fürsorge und Verantwortung für andere Menschen, Mitgefühl, Folgenabschätzung für die Natur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft mit berücksichtigt. Die heute vielfach geübte Nachrangigkeit dieser Werte zu Gunsten reiner Profitinteressen konterkariert gutes Wirtschaften, weil es nicht Allen, sondern einseitig nur Wenigen dient.

Was bedeutet das konkret?

Schmitt: Gutes Wirtschaften fordert, dass wirtschaftliche Prozesse sich vom Verdrängungswettbewerb zur Kooperation wandeln. Wettbewerb ist zwar auch ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft, aber nicht ihr einziges. Wo soziale Errungenschaften im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts ständig als markante Wettbewerbshemmnisse deklariert werden und deswegen abgeschafft werden sollen, dient dies weniger den einzelnen Menschen, als dem Produktionsfaktor Kapital. So ist zum Beispiel das Bemühen bestimmter Kreise in der Gesellschaft, die gesetzlichen Öffnungszeiten der Verkaufsstätten auch auf die Sonn- und Feiertage auszudehnen vorrangig darauf gerichtet, Wettbewerber aus dem Markt zu verdrängen. Die Tatsache, dass Menschen gemeinsame Zeiten für die Familie, die Pflege sozialer Kontakte und Zeiten zur Regeneration benötigen, bleibt dagegen völlig unberücksichtigt.



Special zur Nachhaltigkeit: nachhaltig leben, arbeiten und wirtschaften



Hessentag 2017

Foto: privat

Wie muss die Politik eingreifen?

Schmitt: Die Politik muss das Primat über die Wirtschaft ausüben. Wenn die Wirtschaft die Regeln des Wirtschaftens festsetzt, führt dies zu unerträglichen Ungerechtigkeiten. Dies kritisiert auch Papst Franziskus in seinen Verlautbarungen zur derzeitigen Wirtschaftsweise deutlich. Eine solche Wirtschaft ist bereits an den Wurzeln ungerecht, mahnt er. Politik und Staat dürfen nicht am Gängelband des Kapitalinteresses geführt werden. Nicht einer am Eigennutz orientierten und beruhenden Wirtschaftsordnung gehört die Zukunft, sondern einer demokratisch gesteuerten, mitbestimmten, guten Wirtschaft, die den Menschen in seinen Fähigkeiten des Bebauens und Bewahrens, in seinem Forschungsdrang und seiner Eigeninitiative, seinem Willen eigene Verantwortung für sein Leben zu übernehmen, fördert und unterstützt.

Gutes Wirtschaften und Nachhaltigkeit, wie hängt das zusammen?

Schmitt: Gutes Wirtschaften fördert auch erforderliches positives Wirtschaftswachstum, das sich nicht ausschließlich an der Geldmenge orientiert. Wachstum wird in einer

modernen Gesellschaft schon deswegen benötigt, um alle Menschen mit den lebensnotwendigen Gütern ausreichend versorgen zu können. Dazu gehören auch Bildung und medizinische Versorgung. Aber Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck und darf schon gar nicht allein am monetären Ergebnis gemessen werden. So müssen vermehrt ökologische Grenzen beachtet werden, damit Wirtschaftswachstum nicht zur Plünderung der Erde ausartet. Auch der Klimawandel in der Welt hat seine Ursachen im ungehemmten Wirtschaftswachstum von Nationalstaaten oder Privatpersonen. Es ist nicht auszudenken, wenn z. B. die Menschen in Asien für sich den gleichen Energieverbrauch bei Verkehr und Produktion beanspruchen, wie ihn die Menschen in Amerika oder Europa als für sich als ganz selbstverständlich erachten. Die Achtung vor der Umwelt hat vermehrt etwas mit gutem und verantwortungsvollem Wirtschaften zu tun. Eine zunehmende internationale Zusammenarbeit der Menschen muss sich von einer „Profitgesteuerten Globalisierung“ in eine „nachhaltige Globalisierung“ verändern.

Sehr geehrter Herr Schmitt, Danke für dieses Interview.



Politisch streiten

Argumentationshilfen und Impulse

Eine Argumentationshilfe und Strategien für den Umgang mit populistischen Argumentationsweisen bieten „Informationen des Diözesan- und Priesterrats Rottenburg-Stuttgart“ (Juli 2017)

Inhalt:

Beispiele aus Diskussionen,

- Blick hinter die Strategien scheinbar einfacher Argumente,
- Konzeption für einen »Gesprächsabend für besorgte Bürger«,
- Hinweise für Gespräche mit Bundestags-Kandidat/-innen und weitere Anregungen.

Sie steht zum Download bereit unter:

„Farbe bekennen für Demokratie“ (hier klicken)

Die Internetseite bringt weitere umfangreiche Aktionsvorschläge, Informationen, Veranstaltungskonzepte, Linktipps. Infos und Kontakt über die Geschäftsstelle des Diözesanrates

T: 0711 9791-214 oder E-Mail: dioezesanrat@bo.drs.de

alles
ganz EIN
FACH

beweisen
SIE
e r a s t
m a s t

alles ganz
SCHRECK
LICH



Wer macht mit? Staffellauf gegen Rüstungsexporte

Vom 21. Mai bis 02. Juni 2018 wird mit „Frieden geht!“ ein Staffellauf gegen Rüstungsexporte quer durch Deutschland stattfinden. Der Staffellauf führt vorbei an Frankfurt, Fulda und Kassel.

Warum?

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der weltweit größten Rüstungsexporteure. Mit deutschen Waffen werden auf diesem Weg schwere Menschenrechtsverletzungen verübt und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet.

Forderungen & Ziele:

Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürfen nicht exportiert werden!

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist es, den Export von Kleinwaffen und Munition sowie Kriegswaffen und Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten zu verbieten. „Frieden geht!“ soll ein deutlich sichtbares Zeichen gegen Rüstungsexporte setzen.

Frieden geht am 26. + 27. Mai in Fulda:

Wer macht mit bei der Vorbereitung des Friedensfestes bei der Ankunft des Staffellaufs am 26. Mai in Fulda und der Organisation des Staffellaufes am 27. Mai. Ansprechpartner in Fulda zur Zeit: Friedensbündnis Osthessen, DGB Kreisvorstand, pax christi DV Fulda, Agora, Innenstadtpfarrei, Attac Fulda. Kontakt: Astrid Suggs (astrid.suggs@arcor.de) und Stefanie Wahl (stefiwahlfd@web.de)

STAFFELLAUF GEGEN RÜSTUNGSEXPORTE 21. MAI – 2. JUNI 2018

OBERNDORF
KARLSRUHE
FRANKFURT

FULDA

Sa, 26. + So, 27. Mai

KASSEL
BERLIN

FRIEDEN
GEHT!

Jetzt Strecke auswählen,
anmelden und mitmachen!

www.frieden-geht.de

Respekt



Joachim Gauck

Foto: ©Sandro Halank

Ich wünsche mir Respekt für die Freiheit des anderen, wie sie schon Voltaire in seinem Gebet für Toleranz vor 250 Jahren ausdrückte, als er Gott bat: „Du gabst uns nicht ein Herz, dass wir einander hassen, nicht Hände, dass wir einander erwürgen sollten. Gib, dass wir einander helfen, die Last des kurzen, flüchtigen Lebens zu tragen; dass kleine Verschiedenheiten unter den Bedeckungen unsrer schwachen Körper, unter unsern unvollständigen Sprachen, unter unsern lächerlichen Gebräuchen, unsern mangelhaften Gesetzen, unsern törichten Meinungen, unter allen in unsern Augen so getrennten und vor Dir so gleichen Ständen, dass alle diese kleinen Abweichungen der Atome, die sich Menschen nennen, nicht Losungszeichen des Hasses und der Verfolgung werden!“ In dieser Haltung gilt es, die Toleranz zu verteidigen gegen die Intoleranz.“